

Verteilungs- und Sozialpolitik: Ist mehr besser?

Sinkendes Gerechtigkeitsempfinden in Zeiten wachsender Sozialausgaben

Judith Niehues

1. Zunehmende Bedeutung des Sozialstaates

Um das soziale Leistungsniveau eines Staates einzuordnen, wird zumeist die Höhe und Entwicklung der Sozialleistungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen. In Deutschland wurden im Jahr 2022 voraussichtlich rund 30,5 Prozent der Wirtschaftskraft des Landes oder knapp 1,2 Billionen Euro für soziale Leistungen ausgegeben (BMAS 2023). Wenngleich die absoluten Ausgaben gestiegen sind, fällt die Sozialleistungsquote im Jahr 2022 gegenüber den bisherigen Höchstwerten in den Jahren 2020 (32,8 Prozent) und 2021 (32,0 Prozent) wieder etwas niedriger aus. Ein wesentlicher Einflussfaktor für den Rückgang der Quote liegt in der sinkenden Anzahl an Menschen in Kurzarbeit nach der Coronapandemie begründet. So sind die Auszahlungen für Leistungen der Arbeitslosenversicherung zwischen 2021 und 2022 um knapp 40 Prozent zurückgegangen. Eine weitere Erklärung liefert der starke Anstieg des BIP. Während die Sozialleistungsquote bei sinkender Wirtschaftskraft und umfangreichen staatlichen Hilfsprogrammen im Jahr 2020 deutlich anstieg, ist sie vor dem Hintergrund der deutlichen nominalen BIP-Steigerungsraten in den Jahren 2021 (5,8 Prozent) und 2022 (7,4 Prozent) rückläufig, da der prozentuale Anstieg vieler Sozialleistungen geringer ausgefallen ist.

Mit einem voraussichtlichen Sozialausgabenanteil in Höhe von 30,5 Prozent im Jahr 2022 liegt die Quote etwas oberhalb einer linearen Trendfortschreibung der Anteile nach der Finanzkrise, die in einem Wert von rund 30,3 Prozent resultiert. Denn die Sozialleistungsquote ist nicht erst im Zuge der Coronapandemie angestiegen, sondern hat sich auch in den Jahren 2011

bis 2019 – also in einem Zeitraum sehr positiver Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung – von 28,8 Prozent auf 30,0 Prozent erhöht und im Jahr 2019 ihren Höchstwert für Nicht-Krisenjahre erreicht.

Mit Blick auf die zeitliche Entwicklung lässt sich somit eine zunehmende Bedeutung der sozialstaatlichen Absicherung im Verhältnis zur Wirtschaftskraft festhalten. Darüber hinaus ist das Ausmaß sozialstaatlicher Absicherung in Deutschland im europäischen Vergleich hoch: Unter den EU-Staaten war die Sozialleistungsquote nach aktuell verfügbarer Datenlage im Jahr 2021 nur in Frankreich, Österreich und Italien höher, die Kaufkraftbereinigten Sozialausgaben je Einwohner nur in Luxemburg und Österreich.

2. Mehrheitliche Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit

Bevor weiter auf die Vielschichtigkeit des Sozialbudgets und die damit einhergehende Komplexität von möglichen Zusammenhängen mit anderen Größen eingegangen wird, soll zunächst die Frage im Zentrum stehen, ob der beobachtbare Anstieg der Sozialleistungsquote in den vergangenen Jahren mit einem steigenden Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung einherging. Während es für die Entwicklung der Sozialausgaben jährliche, weitestgehend objektivierbare Kennziffern gibt, lässt sich dem Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung nur über Befragungen nachspüren. Trotz nuancierter Unterschiede im konkreten Wortlaut der Fragestellungen zeichnet die verfügbare Befragungsempirie ein robustes Bild: Durchweg empfindet eine deutliche Mehrheit der Befragten die Verhältnisse in Deutschland als eher ungerecht. In einer von civey durchgeführten Befragung im Auftrag vom SPIEGEL gaben im Frühjahr 2020 beispielsweise drei von vier der rund 5.000 Befragten an, dass sie die Verteilung der Einkommen (und Vermögen) in Deutschland »eher nicht« oder »auf keinen Fall« für gerecht halten (Diekmann 2020). In einer Erhebung von infratest dimap für den ARD-DeutschlandTrend urteilten im August 2023 sogar 83 Prozent der 1.310 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten, der Wohlstand in Deutschland sei nicht gerecht verteilt – ein etwas höherer Wert als im Herbst 2017 sowie im Herbst 2021, als die Frage ebenfalls gestellt wurde (infratest dimap 2023).

Während sich recht eindeutig festhalten lässt, dass das Gerechtigkeitsempfinden bezüglich der Verteilung des Wohlstands in Deutschland nicht besonders hoch ausgeprägt ist, ist es aufgrund der unterschiedlichen Fragestellungen und Datensätze ungleich schwerer, einen zeitlichen Trend auszu-

machen. In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zeigt die unregelmäßig abgefragte Einschätzung zur empfundenen Gerechtigkeit sozialer Unterschiede, dass seit der Wiedervereinigung immer zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten »eher nicht« oder »überhaupt nicht« zustimmten, »dass die sozialen Unterschiede in unserem Land gerecht sind«. Ein gewisser zeitlicher Trend lässt sich darin erkennen, dass ab 2004 der Anteil der »eher Unzufriedenen« mit nur einer Ausnahme bei über 70 Prozent liegt, während er zuvor mehrheitlich unter 70 Prozent lag. Ihren bisherigen Höchstwert von rund 75 Prozent erreichte die Einschätzung ungerechter Verhältnisse im ALLBUS zu Zeiten der Finanzkrise. Ähnlich viele Menschen empfanden die sozialen Unterschiede aber nach einem zwischenzeitlichen Rückgang erneut in den wirtschaftlich guten Zeiten im Jahr 2018 als ungerecht. Im aktuell verfügbaren Erhebungsjahr 2021 lag der Anteil Unzufriedener mit knapp 71 Prozent wieder etwas niedriger. Da der Erhebungsmodus während der Coronapandemie von persönlichen Interviews zu einer Web- und Mailumfrage umgestellt wurde, die mit einer (weiteren) Überrepräsentation hoher formaler Bildungsschlüsse im ALLBUS einherging, lässt sich jedoch nicht klären, ob es sich um einen strukturellen Rückgang des Anteils »Unzufriedener« handelt.

Zwar lässt sich somit kein eindeutiger Trend bezüglich der Entwicklung des Gerechtigkeitsempfindens in Deutschland nachzeichnen, aber es verbleibt die Beobachtung, dass aktuell, sowie auch zu früheren Zeitpunkten, eine große Mehrheit von 70 bis über 80 Prozent die hiesigen Verteilungsverhältnisse als eher ungerecht einordnet. Trotz merklich gestiegener Sozialausgaben und umfangreicher Krisenunterstützung schätzt eine gleichbleibend überwältigende Mehrheit die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland weiterhin sehr kritisch ein. An diese Beobachtung schließt sich unmittelbar die Frage an, welche Gründe es für die Vermutung eines steigenden Gerechtigkeitsempfindens in Folge steigender Sozialausgaben gibt – und welche Erklärungsfaktoren wiederum dagegensprechen.

3. Wachsende Verantwortungszuweisung an den Sozialstaat

Auf der Suche nach einem Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Gerechtigkeitsempfinden ist es aufschlussreich, auf Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger zum Thema Sozialstaat zu schauen. Zunächst lässt sich aus der entsprechenden Befragungsempirie ableiten, dass es in der deutschen Bevölkerung einen breiten Konsens bezüglich der Verantwortungszuweisung an

die sozialstaatliche Tätigkeit gibt: Im ALLBUS 2021 stimmten 92 Prozent der Befragten eher oder voll zu, dass der Staat dafür sorgen müsse, »dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat«. Mit Blick auf die Frage, ob die Sozialleistungen ausgeweitet oder eingeschränkt werden sollten, spricht sich im Jahr 2021 knapp die Hälfte für eine Beibehaltung des Status Quos aus; knapp 36 Prozent für eine Ausweitung der Leistungen; nur 15 Prozent meinen, dass die Sozialleistungen gekürzt werden sollten. Bei den vorherigen Erhebungen dieser Fragestellung sprachen sich im Jahr 2014 (2012) rund 57 Prozent (53 Prozent) für eine Beibehaltung des Leistungsniveaus aus, 10 Prozent (12 Prozent) für eine Kürzung und 33 Prozent (35 Prozent) für eine Ausweitung der Sozialleistungen. Ohne grundlegende Verschiebungen der Präferenzen deuten die Antworten im ALLBUS somit etwas stärker in Richtung »Sozialstaat ausweiten«.

Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD 2021) kommt ebenso zu dem Ergebnis, dass der Anteil derjenigen, die für einen Ausbau des sozialen Netzes votieren, mit 60 bis 63 Prozent im Zeitraum 2015 bis 2021 eine robuste, und in diesem Zeitraum weitgehend stabile, Mehrheit darstellt. Gegenüber den Werten für die Jahre 2011 (54 Prozent) und 2012 (47 Prozent) hat der Wunsch einer stärkeren sozialen Absicherung merklich zugenommen. Zudem stellt die Umfrage heraus, dass »der Anteil, der die soziale Absicherung für ausreichend hält, langsam, aber kontinuierlich abgesunken« ist (IfD 2021: 16). Obwohl die beobachtete steigende Sozialleistungsquote somit dem in Befragungen ausgedrückten Wunsch nach einer Ausweitung des Sozialstaats entspricht, spiegelt sich die Entwicklung offenbar trotzdem nicht in einem evidenten Anstieg des Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung wider.

Zweifellos lassen sich unmittelbar eine Reihe von möglichen Gründen anführen, warum sich kein entsprechender Zusammenhang zwischen den Größen zeigt. Eine Erklärung könnte darin liegen, dass der steigende Anteil an Sozialleistungen in den vergangenen Jahren nicht wahrgenommen wurde – weil beispielsweise, wie es Georg Cremer (2023) beschreibt, über »die sozialen Verhältnisse und den Sozialstaat in Deutschland [...] häufig im Duktus des Niedergangs gesprochen« wird (Cremer 2023: 213). Ein weiterer Erklärungsansatz könnte in den vielseitigen Funktionen des Sozialstaats liegen. Mit einem Anteil von aktuell 61,7 Prozent stellen Leistungen der Sozialversicherungen den mit Abstand größten Anteil des Sozialbudgets dar (BMAS 2023). Bei diesen Ausgabengrößen handelt es sich nicht um eine Umverteilung von hohen Einkommen zu niedrigen Einkommen, vielmehr versichern die Leistungen einen Teil des beitragsrelevanten Einkommens, beispielsweise durch Zahlung

des Arbeitslosengelds im Falle der Arbeitslosigkeit oder der gesetzlichen Rente bei Eintritt in den Ruhestand. Zum Sozialbudget zählen zudem nicht nur Leistungsauszahlungen des Staates, sondern ebenso die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die betriebliche Altersvorsorge, Leistungen der privaten Krankenversicherung und Renten der berufsständischen Versorgungswerke. Förder- und Fürsorgeleistungen wie beispielsweise der Familienleistungsausgleich, Elterngeld, Grundsicherung, Sozialhilfe, Ausbildungsförderung und Wohngeld machten im Jahr 2022 etwas mehr als 18 Prozent des Sozialbudgets aus. Neben der Unterstützung von Familien fokussiert dieser Anteil des Sozialbudgets im Wesentlichen auf den sozialen Ausgleich im Sinne einer zielgerichteten Unterstützung bedürftiger Menschen.

Das wenig ausgeprägte Gerechtigkeitsempfinden könnte darauf zurückgehen, dass sich bei einem weiteren Blick in die Befragungsdaten eine große Unzufriedenheit damit zeigt, wie der Staat der verbreiteten normativen Anspruchshaltung gerecht wird, für sozialen Ausgleich zu sorgen. Im International Social Survey Programme (ISSP) zur Sozialen Ungleichheit empfanden im Jahr 2020 über 90 Prozent der deutschen Befragten die Einkommensunterschiede in Deutschland als zu groß und über 70 Prozent wiesen dem Staat explizit die Verantwortung zu, »die Einkommensunterschiede zwischen den Leuten mit hohen Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen zu verringern.« Das typischerweise als Umverteilungspräferenz interpretierte Antwortmuster fällt damit im Jahr 2020 noch einmal deutlich ausgeprägter aus als in den vorherigen ISSP-Ungleichheitserhebungen in Deutschland in den Jahren 2010 (62,9 Prozent) und 2000 (57,1 Prozent). Die steigende Verantwortungzuweisung an den Staat, die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich zu reduzieren, deckt sich mit einer ähnlichen Fragestellung im ebenfalls im zehnjährigen Turnus durchgeführten ISSP zur Rolle der Regierung. Während in den 1990er Jahren noch rund zwei Drittel der Befragten zustimmten, dass es die Verantwortung des Staates sei, die Einkommensunterschiede zu reduzieren, hat sich dieser Anteil im Jahr 2016 auf knapp 80 Prozent deutlich erhöht (Niehues 2019). Eine große und in der Tendenz steigende Mehrheit der Deutschen wünscht sich somit, dass der Staat dafür sorgen solle, die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich zu reduzieren. Liegt die anhaltende Unzufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit somit in dem zunehmenden Wunsch begründet, der Staat solle über das Sozialbudget zielgerichteter die soziale Ungleichheit reduzieren?

4. Wenig Unterstützung für zielgerichtete Sozialleistungen

Die deutsche Bevölkerung spricht sich mehrheitlich für den Ausbau sozialer Leistungen aus und sieht den Staat zunehmend in der Verantwortung, für eine Verringerung der Einkommensunterschiede zu sorgen. Im Rahmen einer Studie zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden 2.000 Wahlberechtigte in Deutschland dazu befragt, in welchen Bereichen sie sich konkret für Ausgabenausweiterungen oder Kürzungen aussprechen (Heinrich et al. 2016). Während sich eine überwiegende Mehrheit der Befragten für mehr Ausgaben in den Bereichen Bildung, Pflege und Kinderbetreuung aussprechen, sehen die Befragten deutlich weniger Handlungsbedarf bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld I und Hartz IV. Tatsächlich sind letztere die einzigen abgefragten Bereiche, in denen sich keine Mehrheit der Befragten für eine Erhöhung der Ausgaben ausspricht. Im kürzlich erschienenen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) 2021 wird für unterschiedliche Bereiche abgefragt, inwiefern der Staat für diese verantwortlich sein sollte. In den Antworten offenbart sich ein ähnliches Ranking an Verantwortungszuweisung: Die ausdrücklichste Zustimmung zeigt sich für die Bereiche Gesundheitsversorgung, Bildung/Weiterbildung und Kinderbetreuung, während die Aspekte »einen angemessenen Lebensstandard für Arme und sozial Bedürftige [/für Arbeitslose] sicherstellen« zwar ebenfalls mehrheitlich befürwortet werden, aber unter allen abgefragten Bereichen die am geringsten ausgeprägte Zustimmung erfahren.

Auch die Zustimmung zu konkreten Politikmaßnahmen steht keineswegs im Einklang mit dem ausgeprägten Wunsch nach Ungleichheitsreduktion. Beispielhaft zeigt sich dies am eher kritischen Blick auf die Einführung des Bürgergelds, aber auch mit Blick auf die Präferenzen bezüglich der Entlastungsmaßnahmen während der Energiepreiskrise. Zwar sprachen sich in einer Sinus-IW-Befragung im Herbst 2022 eine Mehrheit von 58 Prozent dafür aus, »nur Haushalte mit niedrigen Einkommen« bei ihren Energiekosten zu entlasten (Diermeier et al. 2022), mit Blick auf die Abfrage konkreter Maßnahmen wie dem Tankrabatt, ÖPNV-Vergünstigungen und Energiepreisdecklungen sprach sich jedoch die gleiche Gruppe mehrheitlich explizit dafür aus, dass diese Maßnahmen für alle gelten sollten. Hierzu passt, dass sich selbst Mitte Oktober 2022, also nach Ankündigung des *Doppelwumms* mit einem angekündigten Umfang von 200 Milliarden Euro, 65 Prozent der Menschen in Haushalten mit über 4.500 Euro monatlichen Haushaltsnettoeinkommen nicht ausreichend entlastet sahen (Diekmann 2022).

Die Bürgerinnen und Bürger monieren somit zwar immer wieder in großer Mehrheit, die Einkommensunterschiede seien zu groß, und wünschen sich einen stärkeren sozialen Ausgleich. Gleichzeitig sprechen sie sich jedoch mehrheitlich vor allem für Maßnahmen aus, von denen auch mittlere und obere Schichten der Gesellschaft profitieren. In der bereits zitierten Allensbach-Umfrage tritt ebenso hervor, dass sich 77 Prozent der Befragten dafür aussprechen, dass Arbeitslose, die zuvor lange berufstätig waren und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, ein höheres Arbeitslosengeld bekommen sollten. Demgegenüber sprechen sich nur 15 Prozent für eine gleich hohe Unterstützung für alle Arbeitslosen aus (IfD 2021: 30). Wenngleich etwas weniger stark ausgeprägt, zeigt sich auch mit Blick auf die Alterseinkünfte ein großer Wunsch nach Differenzierung bezüglich vorheriger Beitragsleistung – 52 Prozent der Befragten wünschen sich starke Unterschiede, 25 Prozent eine ähnlich hohe Altersvorsorge (IfD 2021: 29). Bei bedeutenden Posten des Sozialbudgets wünscht sich somit eine breite Mehrheit der Bevölkerung explizit eine Berücksichtigung der vorherigen Beitragshöhe – wird diesen Präferenzen entsprochen, geht ein Ausbau des Sozialstaats somit keineswegs zwangsläufig mit einer Ungleichheitsreduktion einher.

5. Überforderung des Sozialstaats und Enttäuschungspotenziale

Der Sozialstaat hat nicht nur in der Pandemie, sondern auch in der Energiepreiskrise kaum vorstellbare Milliarden-Summen abgerufen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen weit über besonders betroffene und bedürftige Bevölkerungsgruppen hinaus abzufedern. Bereits in den Jahren guter wirtschaftlicher Entwicklung zwischen der Finanz- und Coronakrise hat die Sozialleistungsquote von 28,8 Prozent im Jahr 2011 auf 30,0 Prozent im Jahr 2019 zugenommen – wenngleich die positive Beschäftigungsentwicklung auch eine rückläufige Quote hätte erklären können. Obwohl die steigenden Sozialausgaben im Einklang mit einer ausgeprägten sozialstaatlichen Verantwortungszuweisung durch die Bevölkerung stehen, hat sich die Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit im Zuge dieser Entwicklung nicht erhöht: Weiterhin hält eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung die sozialen Unterschiede für ungerecht und sieht den Staat zunehmend in der Verantwortung, die Einkommensunterschiede zu verringern. Trotz des ausdrücklichen Wunschs, die Ungleichheit zu reduzieren, finden zielgerichtete sozialpolitische Maßnahmen eher geringe Zustimmung in der Bevölkerung.

Im Gegenteil: Bei vielen Sozialleistungen spricht sich eine breite Mehrheit explizit für eine Differenzierung nach Beitragshöhe aus. Insofern deutet nicht nur die bereits von Bergmann/Diermeier (in diesem Band) herausgearbeitete hohe und offenbar unbefriedigte Anspruchshaltung an Entlastungen in der Energiekrise auf enttäuschte Erwartungshaltungen hin. Auch der vielfach ausgedrückte Wunsch nach Ungleichheitsreduktion im Zusammenspiel mit Ausgestaltungspräferenzen bezüglich konkreter Politiken wird sich schwer zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger lösen lassen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 hat zudem weitere Enttäuschungspotenziale in den Vordergrund gerückt: die Schwierigkeit, eine umfangreiche sozialstaatliche Absicherung langfristig und nachhaltig zu finanzieren. So hatte die bereits erwähnte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung auch die Einstellungen zu verschiedenen Finanzierungsoptionen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen abgefragt und urteilte, dass zwar »einerseits der Wunsch nach weiterer Expansion des Wohlfahrtsstaates [bestehe], andererseits begrenzte und vor allem selektive Akzeptanz höherer Beteiligung bei der Finanzierung« (Heinrich et al. 2016: 7). Von den abgefragten Instrumenten wurden einzig höhere Steuern auf Unternehmen und Vermögen mehrheitlich befürwortet – somit Steuern, bei denen viele vermuten dürften, dass sie durch eine Erhöhung nicht vornehmlich selbst belastet würden. Auch eine Finanzierung über Kredite kommt in der Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung mehrheitlich nicht gut an.

Eine überaus große Zustimmung zeigt sich wiederum regelmäßig in der Präferenz, »Wohlhabende« oder »Reiche« stärker zu besteuern. Im ISSP zur Sozialen Ungleichheit teilten im Jahr 2020 78 Prozent der Befragten die Einschätzung, dass Wohlhabende zu wenig Steuern zahlten. Eine vergleichbare Abfrage in einer von Yougov durchgeföhrten SINUS-IW-Befragung im August 2021 offenbarte eine ähnlich verbreitete Zustimmung über Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hinaus: Auch 71 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen oberhalb von 4.500 Euro – und somit die zehn Prozent der Befragten mit dem höchsten Einkommen – teilten diese Auffassung. Von dieser Gruppe waren für sich selbst wiederum fast zwei Drittel der Auffassung, dass sie persönlich zu viele Steuern an den Staat zahlten, im Verhältnis zu dem, was sie dafür bekämen.

Eine zusätzliche Belastung *Reicher* lässt sich insbesondere leicht fordern, da sich selbst nur sehr wenige Bundesbürger in hohe Einkommensbereiche einsortieren. Während sich selbst kaum jemand der Gruppe der *Reichen* zordnet, vermuten die Bundesbürger im Durchschnitt, dass 25 Prozent der

Menschen in Deutschland »wegen eines hohen persönlichen Nettoeinkommens oder Nettovermögens als reich« bezeichnet werden können (Adriaans et al. 2021: 37). Während die Bemessungsgrundlage und damit das Aufkommenspotenzial einer höheren Besteuerung *Reicher* somit offenbar überschätzt wird, fließen mögliche negative Investitions- und Arbeitsanreize vermutlich kaum in die Betrachtungen ein.

Die Wünsche und Erwartungshaltungen breiter Bevölkerungsschichten an den Sozialstaat, insbesondere in Kombination mit der begrenzten Bereitschaft, zur Finanzierung zusätzlicher sozialstaatlicher Leistungen beizutragen, bergen Enttäuschungspotenziale. Diese könnten sich insbesondere dann manifestieren, wenn der finanzielle Spielraum durch die Herausforderungen des demografischen Wandels und die Ausgaben für die klimapolitische Transformation weiter eingeschränkt würde. Daher ist es die Aufgabe der Politik, Zielkonflikte verschiedener Sozialstaatsfunktionen offenzulegen, Ausgaben zu priorisieren und mögliche Zumutungen klar zu kommunizieren, um enttäuschte Erwartungen und damit einhergehenden Politikverdruss zu vermeiden.

Literatur

- Adriaans, Jule et al. (2019): Einstellungen zu Armut, Reichtum und Verteilung in sozialen Lagen in Deutschland, Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, BMAS Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS, 2023): Sozialbudget 2022, Website BMAS, [online] <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a230-23-sozialbudget-2022.html> [abgerufen am 6. November 2023].
- Cremer, Georg (2023): Das kritische Korrektiv fehlt: Erwartungsgelenkte Verzerrungen in der Berichterstattung über den Sozialstaat, in: Journalistik. Zeitschrift für Journalismusforschung, 6. Bd., Heft 2, S. 213–231.
- Diekmann, Florian (2020): Bürger empfinden Deutschland als extrem ungerecht, in: Der SPIEGEL vom 05.03.2020, Website Der Spiegel, [online] <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/buerger-empfinden-deutschland-als-extrem-ungerecht-a-bed86bc6-aecc-4b00-boa5-a1519ebfc111> [abgerufen am 20. November 2023].
- Diekmann, Florian (2022): Eine große Mehrheit der Deutschen fühlt sich in Preiskrise nicht ausreichend entlastet, Der SPIEGEL vom 20.10.2022,

- Website Der Spiegel, [online] [https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziale s/energiekrise-und-inflation-72-prozent-fuehlen-sich-nicht-ausreichen d-entlastet-a-04c41a45-e051-437b-9dfd-98ae2f90762c](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziale-s/energiekrise-und-inflation-72-prozent-fuehlen-sich-nicht-ausreichen-d-entlastet-a-04c41a45-e051-437b-9dfd-98ae2f90762c) [abgerufen am 20. November 2023].
- Diermeier, Matthias/Gensheimer, Tim/Niehues, Judith/Borgstedt, Silke (2022): Energiepreise: Teure Forderungen aus der Mitte der Bevölkerung. in: IW-Kurzbericht, Nr. 82, Köln.
- Heinrich, Roberto/Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (2016): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates – Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Infratest dimap, 2023, ARD-DeutschlandTrend September 2023, Website infratest dimap, [online] https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2309_Report.pdf [abgerufen am 20. November 2023].
- Institut für Demoskopie Allensbach (IfD, 2021): Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger und Erwartungen an den Sozialstaat, Website SSOAR, [online] <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74994-2> [abgerufen am 15. November 2023].
- Niehues, Judith (2019): Subjektive Umverteilungspräferenzen in Deutschland, in: IW-Trends, 46. Bd., Heft 1, S. 79–98.